

Beilage zu Nr. 15707 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 20. Februar 1886.

Reichstag.

(Schluß.)

Bevollmächt. für Hamburg Versmann nimmt die Hamburger unteren Polizeibeamten in Schutz gegen die gestrigen Vorwürfe des Abg. Frohne. Von einem Amtsmißbrauch könne nicht die Rede sein, da die Beamten im Auftrage der Polizeibehörde gehandelt. Redner wird oft von Zurufen unterbrochen, so daß der Präsident das Haus wiederholt zur Ruhe mahnt.) Es sei bei der Abreise des aus Hamburg Ausgewiesenen eine socialdemokratische Demonstration beabsichtigt gewesen, die die Polizei habe verhindern müssen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schliekmann (cont.): Es ist bekannt, daß der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes eine Fristbestimmung nicht kannte; dieselbe ist erst hineingebracht durch die Commission und die Majorität des Reichstages. Dieselben Gründe wie damals bestimmen uns heute, für die Verlängerung des Gesetzes zu stimmen. Wir wünschen keine Gesetze mit bestimmten Endfristen. So gut das Gesetz gewirkt haben mag, es wäre besser gewesen, wenn die Clause mit der Fristbestimmung nicht in dasselbe aufgenommen wäre. Die Wirkung des Gesetzes soll verfehlt sein. Der „Socialdemokrat“ soll in einer großen Anzahl von Exemplaren eingeschmuggelt und gelesen werden. Aber es ist doch ein Unterschied, ob die Arbeiter das, was sie lesen, als erlaubt lesen oder als verboten. Es ist weiter bemerkt, daß die Väter des Socialistengesetzes die Mörder des Polizeiraths Kumpff seien. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Wenn das Socialistengesetz nicht gekommen wäre, so würden Sie Hrn. Kumpff hingerrichtet haben. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Es heißt dann weiter, das Socialistengesetz sei ein Ausnahmengesetz, man solle statt dessen die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verschärfen. Aber jeder Versuch einer solchen Verschärfung ist bisher hier abgelehnt. Auch daß das Gesetz besondere Härten hat, ist nicht zuzugeben. Die freie Presse und das freie Versammlungsrecht galten früher als ein „Menschenrecht“; diese Vorstellung ist verblaßt, seitdem wir ein einiges Vaterland haben. Redner geht nun die einzelnen Parteien durch, um zu sehen, ob sie für die Verlängerung des Gesetzes stimmen werden. Er nimmt das von den Welsen, den Elsfässern an, hofft es von den Polen. Die Volkspartei sei nur klein; die Freisinnigen wollten nicht für das Gesetz stimmen. Wie werden aber ihre Wähler darüber denken? Die Ereignisse jenseits des Canals haben einen tiefen Eindruck gemacht. (Auf: Aha!) In Berlin unter den Linden giebt's auch schöne Juwelierläden. (Auf: Lächerlich!) Die Nationalliberalen werden für das Gesetz stimmen und sich auch darin als staatsmännische Partei zeigen. (Heiterkeit.) Das Centrum sollte sich seines Glaubens bewußt bleiben und gegen die Partei stimmen, die auf dem Boden des Unglaubens steht. Ich gehörte dem Reichstage in der letzten Legislaturperiode nicht an. Ich war damals geschlagen von einem Herrn der Fortschrittspartei, der 1884 für die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt hatte. Er führte zu seiner Rechtfertigung an, er habe so gestimmt, weil er gehört, daß es die persönliche Ueberszeugung sei. Ich hoffe, daß der gleiche Grund auch heute noch viele von Ihnen bestimmen wird, dem Gesetze zuzustimmen. (Unruhe links. Leb. Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Es war nicht ganz glücklich, so direct das Staatsoberhaupt in die Debatte zu ziehen.

(Sehr richtig! links; Auf: Noch nie dagewesen!) Ich glaube, daß auch diejenigen Mitglieder dieses Hauses, welche etwa gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmen wollen, ganz dieselbe Ehrfurcht vor unserem Monarchen haben, wie der Vorredner. Ich habe auch die Ueberszeugung, daß unser Kaiser toleranter andere Ansichten verträgt, als viele derer, die seinen Willen vertreten. (Sehr richtig!) Abg. Bebel meinte, das Centrum stände dem Gesetz sympathisch gegenüber. Wer selbst unter einem Ausnahmengesetz steht, sollte Sympathie haben für ein Ausnahmengesetz? Wir bekämpfen die Socialdemokratie als Feindin der Monarchie und des positiven Christenthums auf Leben und Tod. Aber auch diejenigen von uns, die früher für die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt haben, haben stets erklärt, daß sie dieses Gesetz als dauernde Institution nicht wollten. Meine Resolution, welche dies ausdrückte, wurde einstimmig von der Fraction genehmigt. Ich nehme heute meine damaligen Verbesserungsanträge wieder auf und erkläre schon heute, daß ich im Einverständnis mit meinen sämtlichen Parteifreunden in der Commission die damaligen Anträge sämtlich erneuern werde. Dieselben bezwecken eine größere Freiheit der Bewegung der Socialdemokratie in den Versammlungen und in der Presse, und vor Allem eine Verschärfung der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin. Von der Annahme dieses letzteren wichtigsten Punktes mache ich mein Votum über das Gesetz abhängig. Sodann werde ich beantragen, die Siltigkeitsdauer des Gesetzes auf 2 Jahre zu beschränken, nämlich bis zum 30. September 1888. Dem Minister v. Puttkamer möchte ich recht ernstlich die Erwägung nahelegen, ob es nicht gerathen sei, den Weg zu bereiten, den ich bezeichne. Die Regierung müßte die Uebergangszeit dazu benutzen, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, um der Socialdemokratie mehr und mehr den Boden zu entziehen. Die verbündeten Regierungen sind nicht genügend bereit gewesen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Ruf: Da hört ja Alles auf!) Mit der Unfallversicherung ist das Pensum der kaiserlichen Botschaft noch lange nicht erledigt. Ein großes Contingent zur Socialdemokratie liefert auch die Staatsdienerschaft, welche nicht genügend besoldet ist. Endlich fördern die verbündeten Regierungen die Socialdemokratie auch dadurch, daß sie keinen Anstand nehmen, bei den Wahlen sie heranzuziehen, wenn sie ihnen paßt. (Zustimmung links.) Videtur München, videtur Hannover. Es ist ein Grundrathum des gegenwärtigen Regiments, die Socialdemokratie mit physischer Gewalt vernichten zu können. Wer dies glaubt, versteht nicht die Macht der Ideen. Ich vertraue immer noch auf den gesunden Sinn, auf den frommen religiösen Sinn des Volkes. Der Staat rufe die geborenen Feinde der Socialdemokratie, die religiösen Orden, ins Land zurück. (Beifall im Centrum.) So lange Sie fortfahren, für jeden Ordensmann 5 Gendarmen und für jede Ordensfrau 10 Gendarmen angustellen, werden Sie die Socialdemokratie niemals schlagen. In den Gegenden, die ich kenne, würde man einen Abgeordneten, der für die Verlängerung des Socialistengesetzes stimmte, nicht wiederwählen. Eine Appellation an das Volk im Falle der Ablehnung würde für die Regierung nicht günstig ausfallen, um so weniger als die Branntweinsteuerverordnung für die Socialdemokratie wirken wird. (Beifall.)

Abg. Marquardsen (nat-lib.) kann nur für zweijährige Verlängerung stimmen, da er eine jährige nicht

für motivirt hält. Das Socialistengesetz hat jedenfalls bewirkt, daß die Ausbreitung der Socialdemokratie über das platte Land verhindert ist. Die einzelnen bei der Ausführung des Gesetzes begangenen Mißgriffe können das Gesamturtheil über die Wirksamkeit des Gesetzes nicht alteriren. Auch wir stimmen für die Commissionsberathung. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Geiser (Soc.): In einer Commission würde nur das alte Spiel wieder beginnen, welches auf die unveränderte Annahme des Gesetzes hinausläuft. Wir halten die Sache schon jetzt für spruchreif. Redner erzählt dann, daß der Führer der Nationalliberalen in Stuttgart ihn habe wollen überreden, mit den Nationalliberalen gemeinschaftliche Sache gegen die Volkspartei zu machen. Wo wir unsere Agitation auf dem Lande trotz der Herrschaft des Gesetzes fortsetzten, haben wir keine Verluste, sondern Erfolge davongetragen, so im Nürnberger, Gothaer, Braunschweiger Wahlkreise. Redner kritisiert die Kampfesweise des Hrn. v. Puttkamer in der Debatte. Die Freunde des Gesetzes drängen vielmehr auf den Kampf der Gewalt los, gerade im Gegensatz zu dem Verhalten der Socialdemokratie. Wenn auch Bebel und Andere von meiner Partei sich als Gegner der Monarchie bekannt haben, so hat doch keiner von ihnen je gewollt, daß der Zusammenbruch von uns irgendwie gewaltsam vorbereitet wird; das wird von Vielen, die Herrn v. Puttkamer viel näher stehen als uns, bereits befohrt. Unsere Ueberszeugung ist, daß sich die Bahn der politischen Entwidlung zur Demokratie hin bewegt, und daß die Monarchie in nicht allzu ferner Zeit in allen Culturstaaten ein überwundener Standpunkt sein wird. (Lachen rechts.) Wenn Sie meinen, daß wir Unrecht haben, überzeugen Sie uns doch, daß die Monarchie für immer conservirt werden muß. Hrn. v. Puttkamer bekämpfen wir gar nicht als Urheber des Gesetzes, das ist der Reichszangler, in dessen Regierungshistem diese Verfolgung liegt. Aber im Socialistengesetz hat er uns die beste Basis für unsere Agitation geschaffen. Davon seien Sie nur fest überzeugt, wir werden Ihnen keine Gelegenheit geben, uns vor die Mündung der Kanonen zu treiben, wir treiben nur die Propaganda der Idee. Wenn Sie auf einen Zwiespalt in unserer Partei speculiren, so irren Sie sich. Mögen sich die sogenannten Ordnungsparteien auch diesmal vereinigen, uns auszurollen, uns macht das nur einig. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Singer: Ich überlasse es dem Geschick des Ministers (Dho! rechts), die Aussage eines von ihm selbst als Polizeispion bezeichneten Mannes in Bezug auf ihre Wahrhaftigkeit mit demselben Maße zu messen, wie die Mittheilungen eines Reichstagsabgeordneten, der sich auf das Zeugniß zahlreicher ihm seit Jahren als brav bekannter Arbeiter stützt. Sind denn die Abgeordneten Variablen, daß man den Muth hat (Dho! rechts) ihre Mittheilungen in einen Rang zu bringen mit denen von Leuten, die er selbst so gekennzeichnet hat? Im Uebrigen werde ich mir nachher erlauben dem Hrn. Minister die zwei Zeugen für meine Behauptungen zu nennen. Ich behalte mir die übrigen sechs Zeugen für die Gerichtsverhandlung vor, damit diese nicht angeklagt werden und nachher selbst ohne Zeugen sind. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Kräcker erklärt gegenüber den Ausführungen des Ministers, daß, als die Druckerei geschlossen wurde,

nicht hundert Mitglieder des Vereins noch vorhanden waren, sondern nur einzelne Leute, die nicht anzufinden waren. Die Regierung zu Breslau habe selbst das Geld, welches er für diese Leute hinterlegen wollte, zurückgewiesen.

Abg. v. Sczaniedl erklärt, daß die Polen gegen das Gesetz stimmen werden.

Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten an eine Commission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 19. Februar.

Stat der Eisenbahverwaltung.

Abg. Letocha (Centr.) wünscht, daß den Böglingen von Waisenhäusern billigere Fahrt bei den Ferienreisen gewährt würden.

Abg. Goldschmidt (freil.) fragt, warum die Staatsbahnen Bildungsvereinen und ähnlichen Vereinen nicht billige Ertrazüge gewähren, wie es die Privatbahnen thun.

Minister Maybach: Ich kann nur annehmen, daß Betriebschwierigkeiten in einem einzelnen Falle zur Ablehnung der Fahrvergünstigung geführt haben. Ich würde dem Hrn. Abgeordneten sehr dankbar sein, wenn er mir privatim oder auf anderem Wege die einzelnen Fälle bezeichnen wollte. Ich werde dann untersuchen, woran die Sache liegt.

Abg. Büchtemann (freil.) wendet sich gegen die Ansicht der Eisenbahverwaltung, späterhin nicht wie jetzt eine specialisirte Stataufstellung nach den einzelnen Directionsbezirken, sondern nur eine allgemeine Uebersicht zu geben. Das sei ein Eingriff in das Budgetrecht des Hauses.

Minister Maybach: Die Zusammenlegung des Eisenbahnnetzes, gegen welche sich der Vorredner wandte, erscheint mir nothwendig, um den in Folge der neuen Eisenbahnerstaatlichungen außerordentlich complicirten Rechnungsapparat zu vereinfachen. Indessen ist diese unsere Absicht noch Gegenstand der Erwägung. Uebrigens besteht diese Zusammenlegung schon bei der Postverwaltung.

Die von Büchtemann aufgeworfene Frage führt zu einer längeren Debatte, an der die Abgg. v. Strumbeck (Centr.), Berger (lib.), Hammacher (nat-lib.), Graf zu Limburg-Sturum (cons.), Kiesche (freil.) theilnehmen. — Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den Ausgaben liegt eine Reihe von Petitionen von Eisenbahnbeamten vor, welche theils um Aufbesserung ihrer Gehalts-, Rang- und Pensionsverhältnisse, theils um anderweite Regelung ihrer Verhältnisse bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses und der pensionsfähigen Dienstzeit beim Hause vorstellig geworden sind. Nachdem der Referent v. Tiedemann (Bomst) über die Petitionen Bericht erstattet hat, wird die Fortsetzung der Berathung auf Sonnabend vertagt.

Literarisches.

* Die Zeitschrift „Vom Fels zum Meer“ (Stuttgart, herausgegeben von W. Spemann, redigirt von Job. Kürschner) eröffnet ihr Märzheft mit einem Aufsatz von Moritz Alberg: „Die Acclimatisation der Europäer in den Tropenländern.“ Wuther porträtiert den Maler der deutschen Classiker, Graf, Prof. Böfker untersucht den Zusammenhang der Erdbeben mit den

